Dokumentation

ERKLÄRUNG

DES

BAYERISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN

FRANZ JOSEF STRAUSS

ZUR ENERGIEPOLITIK

AUS ANLASS DER INTERPELLATIONEN

DER CSU-FRAKTION UND DER SPD-FRAKTION

IM BAYERISCHEN LANDTAG

AM 17. JULI 1986

Herausgegeben von der Gemeinsamen
Informationsbearbeitungsstelle der Bayerischen Staatsregierung
Prinzregentenstraße 7, 8000 München 22, Telefon 089/2165327

ACSP, NL Strauß Slg. Kray RA 86/96

hat sich von 1950 bis 1984 vervierfacht. Es ist allerdings nicht damit zu rechnen, daß die gleichen Zuwachsraten in einem gleich großen Zeitraum in die Zukunft hinein anhalten werden, aber wir müssen auch hier mit erheblichen Zuwachsraten rechnen. Diese gewaltige Zunahme hängt eng mit der Veränderung unserer Lebensverhältnisse und dem Ansteigen unseres Lebensstandards in diesem Zeitraum zusammen.

Im Jahre 1984, dem letzten Jahr, für das verläßliche Zahlen über den Gesamtenergiebedarf in Bayern vorliegen, betrug der Anteil der Kernenergie 14,4 Prozent. Im gleichen Jahr wurden aber bereits 49 Prozent des elektrischen Stroms aus Kernenergie gewonnen. Durch die Zuschaltung der Blöcke B und C in Gundremmingen stieg dieser Wert für 1985 auf 62 Prozent.

Energiepolitisches Gespräch mit Experten

Am 10. Juli 1986 haben wir ein ausführliches Gespräch mit Vertretern der Wissenschaft und der Energiewirtschaft zu möglichen Alternativen der Kernenergie und der Entsorgung der Kernkraftwerke geführt. Es hat sich selten ein Gremium in so hochkarätiger Besetzung zusammengefunden und diese Fragen, die uns alle angehen, so gründlich diskutiert. Ich bin hinsichtlich des Niveaus und der Qualität an die Zusammensetzung der ersten deutschen Atomkommission, damals im Jahr 1955, erinnert worden. Es waren Experten aus den für die Beurteilung des Sachverhalts - ich betone das Wort dreimal - einschlägigen Disziplinen, darunter unter anderem Energiewirtschaft und Energieversorgung, Energiewissenschaft und Thermodynamik, Reaktorsicherheit und Strahlenschutz, Radiochemie und Verfahrenstechnik sowie Kernforschung, Plasmaphysik, Nuklearmedizin und nuklerare Entsorgungswirtschaft. Diese 21 Professoren und Sachverständigen, unter denen auch Vertreter aus Großbritannien, Frankreich und Belgien waren, erörterten 5 Stunden lang mit Vertretern der Staatsregierung folgende Fragen:

1. Gibt es zur Nutzung der Kernenergie brauchbare Alternativen, die jetzt oder in naher Zukunft einsetzbar sind?
2. Wie kann aus heutiger Sicht die unumgängliche Entsorgung der Kernkraftwerke unter sicherheitsmäßigen und ökologischen Gesichtspunkten optimal sichergestellt werden?

./.

ACSP, NL Strauß Slg. Kray RA 86/96

3. Welche ökologischen, technischen und wirtschaftlichen Risiken sind mit derzeit oder in naher Zukunft einsetzbaren Alternativlösungen verbunden?
4. Kann es eine Rückkehr zum vermehrten Einsatz fossiler Energieträger - Stichwort: Kohle, Öl - geben?
5. Wie verhalten sich die denkbaren Risiken beziehungsweise die Sicherheitsaspekte einer Wiederaufarbeitungsanlage zu denen eines Kernkraftwerkes? Sind die denkbaren Risiken der in der Welt benutzten Reaktortypen gleich oder unterschiedlich?
6. Welche Probleme entstehen, wenn bis zum Anfang der 90er Jahre weder die Frage der direkten Endlagerung gelöst ist noch eine Wiederaufarbeitungsanlage zur Verfügung steht?
7. Bis wann stehen neue geeignete Energieträger zur Verfügung und zu welchen Kosten?

Ich fasse die Aussagen der Gesprächsteilnehmer, die per Stenogramm und Tonband mit deren Zustimmung festgehalten worden sind, in Thesen zusammen:

1. Jetzt und in absehbarer Zeit gibt es keine Energiequelle, die den Beitrag der Kernenergie zur Energieversorgung ablösen könnte. Es kann nicht einmal der zu erwartende Zuwachs an benötiger Energie durch andere Energiequellen abgedeckt werden.
2. Die Möglichkeiten der Energieeinsparung sind begrenzt. Im Bereich der elektrischen Energie sind allenfalls Einsparungen von 5 Prozent möglich.
3. Die additiven Energien wie Windkraft, Biogas und Solarenergie können bis zur Jahrtausendwende allenfalls 5 Prozent des gesamten Energiebedarfs abdecken.
4. Von den alternativen Energien bieten sich für eine im nächsten Jahrhundert anstehende Ablösung der Kernenergie aus heutiger wissenschaftlicher Sicht nur zwei Alternativen an:
   Die Kernfusion und die Wasserstofftechnik auf der Basis der Solarenergie. Beide Alternativen werden frühestens im Jahr 2030, wahrscheinlich - das wurde von allen an der Diskussion teilnehmenden Wissenschaftlern mit Abstand als die wahrscheinlichere Prognose gewertet - erst ab 2050 im großtechnischen Maßstab zur Verfügung stehen.

./.

ACSP, NL Strauß Slg. Kray RA 86/96

5. Die Wissenschaftler waren mit einer Ausnahme der Meinung, daß die für die Forschung nach alternativen Energiequellen zur Verfügung stehenden Mittel ausreichen. Durch Vermehrung der Mittel könne nicht die Forschung beliebig beschleunigt werden.

6. Jede Energieversorgung ist mit ökologischen Problemen und Risiken verbunden, die nur durch den Einsatz modernster Technik unter Kontrolle gehalten werden können. Auch die Kernfusion wird radioaktive Probleme mit sich bringen. Wasserstoff, der in Verbindung mit Sauerstoff ein hochexplosives Gemisch bildet, stellt ebenfalls ein erhebliches Gefährdungspotential dar.

7. Ein Zurück zu fossilen Energieträgern wäre ein Verbrechen an der Menschheit und an der Umwelt, weil Luft und Atmosphäre zunehmend vergiftet und wertvolle Ressourcen verschwendet würden. Das Kohlendioxid, also CO 2, das bei der Verbrennung fossiler Energieträger entsteht, führt zu einer laufenden Veränderung der Atmosphäre mit einem Gefährdungspotential, das alle anderen Gefährdungspotentiale bei weitem übersteigt. Stichwort: Treibhauseffekt. Von besonderer Bedeutung war der einstimmig gegebene Hinweis, daß es gegen Kohlendioxid, im Gegensatz zum Schwefeldioxid und zu den Stickoxiden, keine technische Abhilfe gibt.

8. Die Wiederaufarbeitung und die direkte Endlagerung von abgebrannten Brennelementen sind zwei Wege, die nebeneinander verfolgt werden müssen. Die Wissenschaftler haben gewarnt vor einem Entweder - Oder. Es ist heute unmöglich, sich für die direkte Endlagerung als einzig richtige Endlösung zu entscheiden. Das Problem der Endlagerung darf nicht unter Zeitdruck stehen. Die praktische Erprobung steht erst am Anfang. Es bestehen noch erhebliche Unsicherheiten und Ungewißheiten, der Erprobungszeitraum geht weit über das Jahr 2000 hinaus.

9. Im Gegensatz zur direkten Endlagerung ist die Wiederaufarbeitung bereits technisch über viele Jahre hin in Großbritannien, Frankreich und in Deutschland im Kernforschungszentrum Karlsruhe, dort mit einer Jahreskapazität von 35 Tonnen, erprobt, ebenso in den USA und Japan. Die Wiederaufarbeitung schließt den Brennstoffkreislauf und reduziert das Volumen der hochradioaktiven Abfälle erheblich, das heißt, sie dient der Entsorgung und damit dem Abbau der Probleme - Veminderung des Gefährdungspotentials!

ACSP, NL Strauß Slg. Kray RA 86/96

10. Die Wiederaufarbeitung ist die am wenigsten risikohaltige Lösung der Entsorgung. Das theoretische Gefährdungspotential in einer Wiederaufarbeitungsanlage beträgt nur 1/100 bis 1/1000 des ohnehin minimalen Risikos eines deutschen Kernkraftwerks.

Die Wissenschaft hat die Aufgabe, der Politik die Wege aufzuzeigen, auf denen die Energieversorgung für die Zukunft sichergestellt werden kann. Sie muß die Politik über Chancen beraten, aber auch über Gefahren, Alternativen und über die Probleme, die solche Alternativen mit sich bringen. Diesem Zweck diente die Veranstaltung. Wer es versäumt, nachzudenken und zu forschen, vermag weder überzeugende Antworten noch Lösungen zu finden und würde damit politisch verantwortungslos handeln.

Energiewirtschaftliche Entscheidungen ziehen nicht nur technische und wirtschaftliche, sondern auch ökologische Konsequenzen nach sich - und zwar jede energiewirtschaftliche Entscheidung. Wer ein Leben in völligem Einklang mit der Natur fordert und einem "Alles oder Nichts"-Standpunkt das Wort redet, hat utopische Vorstellungen. Die an dem Gespräch in der Staatskanzlei beteiligten Wissenschaftler waren übereinstimmend der Auffassung, daß es keine Energieversorgung ohne ökologische Probleme gibt. Jede Art der Energieversorgung und der Energieanwendung wirkt auf die Umwelt zurück, so wie auch der Mensch Energie benötigt, um sich von Umweltbedingungen freizumachen, also sich beispielsweise Wärme zu schaffen, wenn es draußen kalt ist, für Beleuchtung zu sorgen, wenn das Tageslicht fehlt, sich Produkte zu schaffen, die ihm die Natur in dieser Form nicht liefert.

In jedem Einzelfall ist je nach Energieträger sorgsam abzuwägen, ob der Nutzen durch die Energiegewinnung in einem vertretbaren Verhältnis zu den Umweltproblemen steht. Beim Ausbau und der Weiterentwicklung unserer Energieversorgung, bei der Wahl der Energieträger sowie bei der Umwandlung der Primärenergie in einsatzfähige Energieformen - wie vor allem Strom, die verschiedenen Mineralölprodukte und Fernwärme - ist die Belastung von Mensch und Umwelt durch Schadstoffe, Lärm, Strahleneinwirkungen und Landschaftsverbrauch so weit wie möglich zu minimieren. Wenn eine wesentliche Beeinträchtigung der Umweltverhältnisse, eine Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung droht oder langfristig die Sicherheit der Lebensgrundlagen ge-

ACSP, NL Strauß Slg. Kray RA 86/96